

dbb Branchentage

Landesbeschäftigte fordern deutliches Einkommensplus



Der dbb hat seine Branchentage zur Einkommensrunde 2017 in Langenhagen, Leipzig, Stuttgart und Düsseldorf fortgesetzt. Straßenwärter, Lehrkräfte, Beschäftigte in der Finanzverwaltung sowie des Landesamts für Besoldung und Versorgung NRW diskutierten über ihre Erwartungen an die Einkommensrunde 2017 und forderten deutliche Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen.

Der dbb hat seine Branchentage zur Einkommensrunde 2017 in Langenhagen, Leipzig, Stuttgart und Düsseldorf fortgesetzt. Straßenwärter, Lehrkräfte, Beschäftigte in der Finanzverwaltung sowie des Landesamts für Besoldung und Versorgung NRW diskutierten über ihre Erwartungen an die Einkommensrunde 2017 und forderten deutliche Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen.

Sicherheit auf Fernstraßen in Gefahr

Beim dbb Branchentag der Straßenwärter am 22. November 2016 im niedersächsischen Langenhagen sagte Willi Russ, Fachvorstand Tarifpolitik und Verhandlungsführer des dbb: „Die Sicherheit auf Bundesstraßen und Autobahnen wird von der Politik mutwillig gefährdet. Fehlende Investitionen in das Personal und die Infrastruktur erschweren den reibungslosen Betrieb immer mehr. Das Gerede über mögliche Privatisierung schafft zusätzlich Probleme.“ Bereits heute würden in vielen Straßen- und Autobahnmeistereien wie im gesamten Straßenwesen händierendend Fachkräfte gesucht. Durch das fehlende Personal steige die Belastung bei den vorhandenen Beschäftigten, was wiederum zu höheren krank-

**ÖFFENTLICHER DIENST:
STARKE LEISTUNG!
EINKOMMENSRUNDE 2017**



Langenhagen, 22. November 2016

dbb aktuell

dbb
beamtentbund
und tarifunion

Herausgeber:
dbb beamtentbund
und tarifunion
Friedrichstraße 169
10117 Berlin

Verantwortlich:
Willi Russ
Fachvorstand Tarifpolitik

Fotos:
Friedhelm Windmüller

heitsbedingten Ausfallzeiten führe. „Das ist ein Teufelskreis, der nur mit höheren Investitionen durchbrochen werden kann. Sowohl in Material und Arbeitsgerät, aber vor allem in anständige Gehälter. Das ist bei diesem harten Job, der nicht nur anstrengend, sondern auch gefährlich ist, einfach nur fair. Der Beruf des Straßenwärters ist immerhin 13 Mal gefährlicher als vergleichbare Berufe in der Privatwirtschaft“, so Russ.

Auf drohende strukturelle Probleme machte Siegfried Damm, Bundesvorsitzender der VDStr.-Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten, aufmerksam. Die geplante Übertragung der Verantwortung für die Fernstraßen von den Ländern auf eine neue Infrastrukturgesellschaft des Bundes habe zu großer Verunsicherung geführt. „Das ist in mehrfacher Hinsicht schwierig: Die Beschäftigten machen sich Sorgen um ihre Zukunft und potenzielle Bewerber werden abgeschreckt“, stellte Damm klar. Hier werde ohne Not in ein funktionierendes System eingegriffen.

Arbeitsbedingungen für Lehrkräfte müssen mit Anforderungen Schritt halten

Mitglieder der Lehrerverbände SLV (Sächsischer Lehrerverband im VBE), PVS (Philologenverband Sachsen) und LVBS (Berufsschulverband) trafen sich am 23. November 2016 auf dem Branchentag Lehrkräfte in Leipzig. „Lehrerinnen und Lehrer gehen, nicht nur in Sachsen, zu Recht mit großen Erwartungen in die nächste Einkommensrunde“, sagte Willi Russ. „Die Anforderungen an diese Berufsgruppe und ihre Leistungen sind höher denn je. Damit halten leider die Arbeits- und Einkommensbedingungen noch nicht Schritt. Für uns ist deshalb besonders die Weiterentwicklung der Entgeltordnung im Lehrkräftebereich ein wichtiges Thema. Der vom dbb mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder 2015 geschlossene Tarifvertrag bietet eine solide Grundlage.“ Spürbare Verbesserungen seien unerlässlich. „Sonst gibt es weder eine Entlastung für die derzeit tätigen Lehrkräfte, noch gelingt die Werbung um den Nachwuchs, den die Schulen so dringend brauchen“, so Russ.

Der stellvertretende Vorsitzende der dbb Bundestarifkommission und Landesvorsitzende des SLV Jens Weichelt plädierte für die Einführung einer zusätzlichen Erfahrungsstufe in der Länder-Entgelttabelle analog zu Bund und Kommunen. „Die Bildungsqualität in Sachsen können wir nur nachhaltig sichern, wenn die Lehrerinnen und Lehrer Anerkennung spüren“, sagte er. „Sie haben den Freistaat auf Spitzenplätze namhafter Vergleichsstudien geführt, schaffen die Integration der Flüchtlingskinder und haben in den kommenden Jahren mit der Ausbildung des Lehrernachwuchses und der Qualifizierung von Seiteneinsteigern zusätzliche Mammutaufgaben zu bewältigen.“

Landesbeschäftigte lassen sich nicht abspesen

Am 28. November 2016 versammelten sich in Stuttgart Kolleginnen und Kollegen aus der Finanzverwaltung. Dabei hob Thomas Eigenthaler, Bundesvorsitzender der Deutschen Steuer-gewerkschaft (DSTG) und stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, die besonders hohen Anforderungen an die Beschäftigten in den Finanzbehörden hervor: „Immer mehr Steuerfälle, ein immer komplizierteres Steuerrecht und eine unzureichende EDV-Ausstattung prägen seit Jahren unseren Arbeitsalltag. Trotz aller Widrigkeiten sind wir leistungsbereit. Aber wir wol-



Leipzig, 23. November 2016

len, dass sich unser hoher Einsatz auch in einer fairen Bezahlung niederschlägt und zwar sowohl bei den Tarifbeschäftigten wie auch bei den Beamtinnen und Beamten.“ Angesichts hoher Steuereinnahmen in den Bundesländern werde man sich nicht abpeisen lassen. Unter großem Beifall verwies Eigenthaler auf die Kampfbereitschaft der Kollegen: „Notfalls gehen wir auf die Straße, um unseren berechtigten Ansprüchen Nachdruck zu verleihen.“

Karl-Heinz Leverkus, DSTG-Vize und stellvertretender Vorsitzender der dbb Bundestarifkommission, hob einen weiteren zentralen Aspekt der Forderungsfindung hervor: „Die Bezahlung der Landesbeschäftigten muss mit denen des Bundes und der Kommunen schritthalten. Sollte die Tarifgemeinschaft der Länder auf ein weiteres Auseinanderdriften bei den Entgelten setzen, muss sie mit unserem nachdrücklichen Widerstand rechnen. Durch eine weiter verschlechterte Bezahlung verkommen die Landesverwaltungen gegenüber der Bundes- und Kommunalverwaltung zu einem sehr unattraktiven Arbeitgeber. Der Kampf um die Besten ist seit Jahren schon im vollen Gang und dazu gehört auch ein wettbewerbsfähiges Entgelt.“



**ÖFFENTLICHER DIENST:
STARKE LEISTUNG!
EINKOMMENSRUNDE 2017**



dbb
beamtenbund
und tarifunion

dbb.de/einkommensrunde2017

Neue Entgeltordnung für die Länder gefordert

Beim Branchentag der Beschäftigten des Landesamtes für Besoldung und Versorgung NRW am 30. November 2016 in Düsseldorf erklärte Willi Russ: „Hier im Landesamt für Besoldung und Versorgung NRW treten die Ungerechtigkeiten des aktuellen Tarifrechts besonders deutlich zu Tage. Die Kolleginnen und Kollegen kennen auf Grund ihrer täglichen Arbeit die Unterschiede zwischen TVöD und TV-L ganz genau. Auch deshalb wird es höchste Zeit, dass die Stufe 6 endlich auch im Landesbereich Realität wird.“ Bund und Kommunen verfügten mittlerweile über eine moderne Entgeltordnung, lediglich die Länder nutzten immer noch das alte Modell, kritisierte Russ. „Ich bin der Meinung, dass ein wenig Tarifpflege nicht mehr reicht. Wir



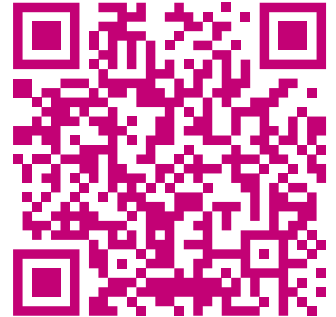
Stuttgart, 28. November 2016



Düsseldorf, 30. November 2016

brauchen etwa Neues. Das zeigt sich auch im Landesamt für Besoldung und Versorgung. Wer, wie das Landesamt für Besoldung und Versorgung auf seiner Homepage zeigt, dringend Nachwuchs sucht, braucht ein transparentes und motivierendes Eingruppierungssystem.“

Dieser Auffassung ist auch Karlheinz Semmler, Vorsitzender der Tarifkommission der vdlA gewerkschaft, der die Wünsche der Beschäftigten für Verbesserungen in der Eingruppierung zusammenfasste: „Neben der stufengleichen Höhergruppierung und der Einführung der Stufe 6 ab Entgeltgruppe 9 wurde auch für Bezügeberechner die Entgeltgruppe 9 gefordert“, so Semmler. Weiter stünden der Verzicht auf Leistungseinschränkungen bei der betrieblichen Altersversorgung sowie eine zügige und kontinuierliche Tarifpflege im Forderungskatalog der Beschäftigten.




Der dbb hilft!

Unter dem Dach des **dbb beamtenbund und tarifunion** bieten kompetente Fachgewerkschaften mit insgesamt mehr als 1,2 Millionen Mitgliedern den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes und seiner privatisierten Bereiche Unterstützung sowohl in tarifvertraglichen und beamtenrechtlichen Fragen, als auch im Falle von beruflichen Rechtsstreitigkeiten. Nur Nähe mit einer persönlichen und überzeugenden Ansprache jedes Mitglieds schafft auch das nötige Vertrauen in die Durchsetzungskraft einer Solidargemeinschaft.

Der dbb beamtenbund und tarifunion weiß um die Besonderheiten im öffentlichen Dienst und seiner privatisierten Bereiche. Nähe zu den Mitgliedern ist die Stärke des dbb. Wir informieren schnell und vor Ort über www.dbb.de, über die Flugblätter **dbb aktuell** und unsere Magazine **dbb magazin** und **tacheles**.

Mitglied werden und Mitglied bleiben in Ihrer zuständigen Fachgewerkschaft von **dbb beamtenbund und tarifunion** – es lohnt sich!



dbb beamtenbund und tarifunion

Bestellung weiterer Informationen

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Dienststelle/Betrieb

Beruf

Beschäftigt als:

<input type="checkbox"/> Tarifbeschäftigte/r	<input type="checkbox"/> Azubi, Schüler/in
<input type="checkbox"/> Beamter/Beamtin	<input type="checkbox"/> Anwärter/in
<input type="checkbox"/> Rentner/in	<input type="checkbox"/> Versorgungsempfänger/in

Ich möchte weitere Informationen über den dbb erhalten.

Ich möchte mehr Informationen über die für mich zuständige Gewerkschaft erhalten.

Bitte schicken Sie mir das Antragsformular zur Aufnahme in die für mich zuständige Gewerkschaft.

Ich bin mit der Erhebung, Verarbeitung und Nutzung meiner Daten, die zur Erfüllung der Aufgaben und Zwecke des dbb und seiner Mitgliedsgewerkschaften notwendig sind, einverstanden.

Datum / Unterschrift

Unter dem Dach des dbb bieten kompetente Fachgewerkschaften eine starke Interessenvertretung und qualifizierten Rechtsschutz. Wir vermitteln Ihnen gern die passende Gewerkschaftsadresse.
dbb beamtenbund und tarifunion, Geschäftsbereich Tarif, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin, Telefon: 030.4081-5400, Fax: 030.4081-4399, E-Mail: tarif@dbb.de, Internet: www.dbb.de